

Wir zahlen nicht für Eure Krise

Kommunaler Krisen-Finanz-Ausgleich - sofort!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, alle Städte und alle Gemeinden in unserem Land werden wegen der Finanzkrise mit weniger Steuereinnahmen und Steuerzuweisungen zu kämpfen haben.

Die gewaltige Verschuldung, die uns die Bundesregierung mit der Sanierung der

Pleitebanken beschert hat, werden wir, die Menschen in den Städten und Gemeinden mit allen Konsequenzen zu tragen haben.

Die Landesregierung mit ihrer neoliberalen, erzkonservativen CDU/FDP Politik unter Führung von Ministerpräsident Mappus hat abgewirtschaftet.



Mappus muss weg

Prestigeprojekte im Land stoppen

Das Milliardengrab Stuttgart 21 verschlingt Gelder für wichtige kommunale Zukunftsaufgaben. Weg mit Stuttgart 21, weg mit ihren Befürwortern. Mehr Geld in die Städte und Gemeinden zur Erfüllung ihrer gesetzlich auferlegten Daseinsvorsorge. Mehr Lehrer, kleinere Klassen und eine Lernmittelfreiheit die den Namen verdient.

Die CDU/FDP Landesregierung hat beschlossen, den Kommunen eine neue städtische Haushaltsführung zu verordnen. Die für alle Gemeinderäte noch verständliche und auch nachvollziehbare Haushalts-

politik die sog. Kameralistik soll in ein System der doppelten Buchführung in Konten (Doppik) umgewandelt werden.

Nein! Die Landesregierung weigert sich, die Städte und Gemeinden finanziell besser auszustatten. Dafür sollen die Städte und Gemeinden mit einer neuen Haushaltsführung, die an Umstellungskosten Millionen verschlingt und für Gemeinderäte die demokratische Kontrolle erschwert, erpresst werden. Für die Landeshauptstadt Stuttgart soll diese Umstellung (neue PC Programme, Schulungen, Einweisungen der Bediensteten u.s.w.) mehr als 5 Millionen Euro kosten.

Auch Heidenheim wird davon betroffen sein.

Wir von der DKP sagen:

Mit einer noch so modernen Haushaltsführung, mit mehr Papier für die Stadträte, mit mehr undurchsichtigen und neuen komplizierten Haushaltsplänen kommt weder mehr Geld in die Kasse noch lässt sich die Verwaltung besser kontrollieren.

Wer also Mappus, die CDU die FDP und die Grünen im Lande wählt, hat in der Kommune undurchsichtigere Haushaltspläne und damit weniger kommunale Demokratie.

Kommunale Selbstverwaltung

Die im Grundgesetz garantierte kom-



munale Selbstverwaltung ist nur so viel wert, wie sie vom Bund und den Ländern finanziell am Leben erhalten wird.

Rot-Schwarz und Schwarz-Gelb tragen die Verantwortung.

Durch die Steuergesetzgebungen insbesondere in den Jahren 2008 und 2009 werden die Kommunen im Zeitraum von 2010 bis 2013 Mindereinnahmen von rund 20 Mrd. Euro haben.

Deshalb sagen wir von der DKP:

Kommunen brauchen einen finanziellen Schutzschirm. So wie den Banken mit Milliarden Steuergeldern geholfen wurde, so ist auch den Kommunen zu helfen. **Denn auch Kommunen zahlen nicht für diese Krise.**

.... „Den Heidenheimer Kommunisten ist absolut zuzustimmen,“



Forderungen der DKP an die Landes- und Bundespolitik

Sofortige Kompensationen der Steuerausfälle die den Kommunen durch das schwarz-gelbe Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstanden sind,

durch:

- ★ **Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder,**

★ kommunale Investitionspauschale für Kommunen aus Bundesmitteln,

★ Entschuldungsfonds für strukturschwache Kommunen und Zinsmoratorium

Kommunale Finanzausstattung von Bund und Land langfristig sichern.

★ **Gewerbsteuer zur Gemeindefinanzierung weiterentwickeln:**

Alle unternehmerisch Tätigen sind steuerlich einzubeziehen und die Bemessungsgrundlage gehört ausgeweitet!

★ **Aufgaben nur bei angemessener Finanzausstattung an Kommunen übertragen:**

Bund und Länder dürfen Aufgaben auf Kommunen übertragen oder erweitern, wenn deren Zustimmung vorliegt und eine Finanzierung, die sich an den tatsächlichen Ausgaben ausrichten – auch rückwirkend - gewährleistet ist.

Für Heidenheim.

★ **Gewerbsteuer muss erhöht werden**

★ **Eine Nahverkehrsabgabe von Industriebetrieben und Einzelhandelsketten die sich nicht an ÖPNV-Tickets für ihre Beschäftigten beteiligen.**

Unterstützen Sie unsere Anliegen



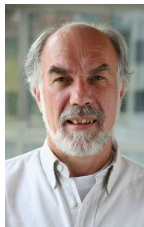
Wilhelm Benz
Erstbewerber
GBR-Vorsitz. Rewe UE GmbH
DGB Heidenheim 2. Vorsitzender

Verkäufer
geb.: 19.11.1953



Johann Holzheu
Ersatzbewerber

Dipl. Pädagoge
geb.: 03.08.1944



Stadtrat Reinhard Püschel (DKP)
Fraktion: *Die LINKE!* DKP

**Kontakt
zur DKP Heidenheim
Schumannstraße 3
89518 Heidenheim**

**Telefon: (07321) 42424
E-Mail: WilhelmBenz@aol.com**



V.i.S.d.P: DKP Heidenheim, Ulrich Huber (Jan. 2011)

**Baden -
Württemberg** 
DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Kommunalfinanzen in der Krise

Statt Schutzschirme für
die Reichen -
denen die Profite streichen!

